

G-01 Die Vielfalt leben - für eine inklusive Gesellschaft

Antragsteller/innen: BuVo

Gegenstand: Die Vielfalt leben - für eine inklusive Gesellschaft

Anmerkungen: BuVo-Beschluss vom 12.10.2011

Vielfalt leben in einer inklusiven Gesellschaft

1 **„Ich will ich sein, anders will ich nicht sein“**

2 Vielfalt ist gesellschaftliche Realität. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für eine Gesellschaft
3 ein, in der alle Menschen in ihrer ganzen Vielfalt gleichberechtigt und selbstbestimmt
4 miteinander leben und an allen Aktivitäten selbstverständlich teilhaben können. Für uns ist
5 Vielfalt ein hohes Gut, von dem eine ganze Gesellschaft profitiert.

6 Wir wollen, dass sich Strukturen, Organisationen und Denkweisen öffnen und erweitern, um
7 allen Menschen eine Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen und Chancen zu eröffnen.
8 Uns geht es darum, in einer blockierten und ausgrenzenden Gesellschaft echte Teilhabe für
9 alle und Aufstiegsmöglichkeiten auch für die bisher Benachteiligten zu schaffen, die es heute
10 noch aus unterschiedlichsten Gründen schwerer haben. Uns geht es um Selbstentfaltung
11 und die Möglichkeit individueller Lebensentwürfe ebenso wie um die gesellschaftlichen
12 Voraussetzungen für individuelle Freiheit. Unser Ziel ist eine inklusive Gesellschaft, die frei
13 von Barrieren sowie frei von Vorurteilen und Diskriminierungen ist. Eine inklusive
14 Gesellschaft trifft Vorkehrungen und schafft Rahmenbedingungen, damit alle teilhaben
15 können.

16 Bisher werden viele Menschen und ganze Personengruppen an der selbstbestimmten und
17 gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft gehindert. Mittelbare und unmittelbare
18 Diskriminierungen, bauliche und kommunikative Barrieren sowie mangelnde öffentliche und
19 gesellschaftliche Förderung machen viel zu oft eine Teilhabe an der Gesellschaft unmöglich.

20 So lebt mehr als jeder sechste Mensch in Deutschland in Armut. Vielen Bürgerinnen
21 und Bürgern fehlen sowohl existenzsichernde Erwerbseinkommen als auch die
22 notwendige Unterstützung, sie sind so dauerhaft von gesellschaftlicher und
23 ökonomischer Teilhabe ausgegrenzt. Ausgrenzung und Armut bemessen sich aber
24 nicht allein an einem leeren Portemonnaie, denn Bildungsabschluss, Berufschancen,
25 Wohn- und Gesundheitssituation sowie soziale und kulturelle Teilhabe bestimmen
26 ebenso die Lebenslage und Lebenschancen. Gerade sozial benachteiligte Kinder
27 oder Kinder von Alleinerziehenden sind besonders von den Folgen kumulierter Armut
28 betroffen und haben wenig Chancen auf individuelle Förderung, Bildung, Entwicklung
29 und ein gesundes Umfeld. Eine erschreckende Folge davon ist beispielsweise, dass
30 rund 20 Prozent aller 15jährigen in Deutschland kaum lesen und schreiben können.
31 Bittere Realität in vielen Familien ist außerdem, dass Armut und Chancenlosigkeit an
32 die nachkommende Generation weitergegeben werden. Hinzu kommt: Auch hoch
33 motivierte junge Menschen mit Migrationshintergrund und gutem Schulabschluss
34 werden wegen ihrer Herkunft benachteiligt, ihre Begabungen, Talente und Fähigkeiten
35 nicht er- und anerkannt. All diese jungen Menschen erleben unsere Gesellschaft als
36 eine sie in ihrer Entwicklung blockierende.

- 37 □ Auch ältere Menschen treffen auf viele Barrieren und Hindernisse. Zwar wollen und
38 können immer mehr Menschen heute bis ins hohe Alter ihr Leben aktiv und
39 selbstbestimmt gestalten, doch führt gerade ein Bild vom Alter, das vor allem auf
40 vermeintliche Defizite schaut, zu unangemessenen und teilweise unrealistischen
41 Einschätzungen der Fähigkeiten und Bedürfnisse Älterer. In Würde Altern heißt,
42 den unterschiedlichen Bedürfnissen und Voraussetzungen Rechnung zu tragen und
43 allen älteren Menschen Teilhabechancen zu eröffnen.
- 44 □ Ebenso sind wir von einer vollständigen Gleichstellung der Geschlechter nach wie
45 vor weit entfernt. Junge Frauen und junge Männer werden auf unterschiedliche Art
46 und Weise in ihrer Entwicklung ausgebremst und ihrer Chancen beraubt. Zwar sind
47 Frauen in Deutschland heute so gut ausgebildet wie noch nie und haben im
48 Durchschnitt bessere Bildungsabschlüsse als Männer – zu gleichen beruflichen
49 Chancen und Aufstiegsmöglichkeiten hat das bislang noch nicht geführt, ebenso
50 wenig zu gleicher Bezahlung für gleichwertige Arbeit. Hinzu kommen tradierte
51 Rollenbilder und fehlende Aufstiegschancen sowie unterstützende infrastrukturelle
52 Rahmenbedingungen, die beispielsweise Familie und Beruf zusammen denken,
53 auch im Bereich der Pflege.
- 54 □ Die religiösen Bedürfnisse unterschiedlicher Religionsangehöriger werden längst
55 nicht in allen Lebensbereichen angemessen, d.h. gleich und gemäß der
56 grundgesetzlich garantierten Religionsfreiheit berücksichtigt. Dies gilt unter
57 anderem für die seelsorgerische Betreuung in Krankenhäusern, Gefängnissen,
58 SeniorInneneinrichtungen oder bei der Bundeswehr. Immer wieder gibt es Angriffe
59 auf die Religionsfreiheit: Schändungen jüdischer Friedhöfe, Anschläge auf
60 Moscheen oder körperliche Gewalt gegen „Andersgläubige“ zeigen dies.
- 61 □ Trotz des europaweit existierenden Diskriminierungsverbots gehören Anfeindungen,
62 gewaltsame Übergriffe und rechtliche Benachteiligungen aufgrund der sexuellen
63 Identität noch lange nicht der Vergangenheit an. Queere Menschen wie Lesben,
64 Schwule oder Transgender werden in der Öffentlichkeit, am Arbeitsplatz, in
65 Fußballstadien und in bestimmten Musikszene und Milieus immer wieder Opfer
66 von Diskriminierungen und Gewalt. Auch die rechtliche Gleichstellung
67 homosexueller Partnerschaften einschließlich eines vollständigen Adoptionsrechts
68 oder ein umfängliches, rechtlich abgesichertes Selbstbestimmungsrecht
69 intersexueller, transsexueller oder transgender Menschen wurde bislang nicht
70 erreicht.

71 Außerdem muss das Vorhandensein körperlicher, intellektueller oder psychischer
72 Beeinträchtigungen allein noch nicht dazu führen, dass Menschen an der
73 gleichberechtigten und selbstbestimmten Teilhabe gehindert werden. Erst Barrieren,
74 Diskriminierung und Vorenthaltung entsprechender Maßnahmen und Förderung führen
75 dazu.

76 **Wir Grüne stehen für eine inklusive Politik, in der keiner verloren geht**

77 Maßstab inklusiver Politik ist das selbstverständliche Recht aller auf Selbstbestimmung
78 sowie gleiche Lebenschancen von Anfang an. Eine Politik der Inklusion identifiziert
79 Hindernisse, die Menschen bei der Selbstentfaltung, an Teilhabe und die den Aufstieg
80 sozialer Gruppen behindern. Inklusive Politik ist bestrebt, Lösungen zu entwickeln, von
81 denen letztlich alle profitieren können.

82 Uns ist bewusst, dass eine Politik der Inklusion Hindernisse und Barrieren nicht von heute
83 auf morgen aus dem Weg räumen kann. Ungleichheiten werden auch weiterhin existieren.
84 Doch Politik muss sagen, wo sie hin will. In diesem Sinne ist eine Politik der Inklusion für

85 uns Mittel zum Zweck der Verwirklichung einer inklusiven Gesellschaft.

86 In einer inklusiven Gesellschaft werden Menschen als Individuen anerkannt. Es ist normal,
87 verschieden zu sein. Zuschreibungen nach Alter, Geschlecht, Migrationshintergrund,
88 körperlicher, intellektueller oder psychischer Beeinträchtigung, Religion oder sozialer
89 Herkunft haben auf die Frage nach der „gesellschaftliche Teilhabe oder nicht?“ keine
90 Auswirkung mehr. In einer inklusiven Gesellschaft gelten selbstverständlich die in der
91 Charta der Vereinten Nationen verkündeten Grundsätze, denen zufolge die Anerkennung
92 der Würde und des Wertes, die allen Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft
93 innewohnen, sowie ihre gleichen und unveräußerlichen Rechte die Grundlage von
94 Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt bilden. Diese Freiheit meint nicht nur
95 bürgerliche Rechte wie die Wahlfreiheit, Berufs- und Gewerbefreiheit. Sie meint die
96 Freiheit in allen Lebensbereichen, so auch in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Wohnen
97 und Mobilität. Jedes Individuum hat unabhängig von seinen persönlichen Merkmalen
98 aufgrund seines Menschseins den gleichen Anspruch auf Würde, auf barrierefreien
99 Zugang zu Infrastruktur, zu Produkten und Dienstleistungen und die gleichen Rechte auf
100 Teilhabe an der Gesellschaft. Es geht um die gleiche Freiheit für jede und jeden, mit
101 Unterstützung und durch eigene Anstrengung etwas aus seinem Leben machen zu
102 können. Es geht um ein selbstbestimmtes Leben und die gleichen Lebenschancen für alle.

103 Eine inklusive Gesellschaft erkennt die bestehenden Unterschiede bzw. Merkmale der
104 Menschen an, wird diese aber nicht hierarchisieren. Eine inklusive Gesellschaft
105 wertschätzt diese Vielfalt. Diese Akzeptanz des „Soseins“ unter dem Motto “Ich will ich
106 sein, anders will ich nicht sein“ kann schließlich alle Mitglieder der Gesellschaft von dem
107 Zwang entlasten, sich rigiden Normvorstellungen zu unterwerfen. Eine inklusive
108 Gesellschaft, die als solche auch tatsächlich gefördert und gelebt wird, löst Blockaden und
109 befreit alle.

110 Vielfalt bedeutet nicht, dass eine Gesellschaft in Partikulargruppen zerfällt. Ein soziales
111 Miteinander in einer inklusiven Gesellschaft wird auf der Grundlage gemeinsam
112 entwickelter Wertvorstellungen ermöglicht. Dieses einigende Band in einer inklusiven
113 Gesellschaft sollte explizit aus den universellen Werten der Menschenrechte, verkörpert in
114 unserem Grundgesetz, abgeleitet werden. In einer Gesellschaft, die ihre Grundrechte
115 ernst nimmt, sollte die oder der jeweils Andere daher zuallererst als vollwertiger Mensch
116 und mögliche StaatsbürgerIn mit identischen Rechten und Pflichten wahrgenommen
117 werden – ungeachtet von Herkunft, Geschlecht, Religion, Weltanschauung, Alter,
118 sexueller Identität oder Behinderung. Es ist gerade diese gegenseitige Anerkennung, die
119 in einer vielfältigen Gesellschaft auch die Identifikation mit dem demokratischen
120 Gemeinwesen erzeugen kann. Die Akzeptanz der Menschenwürde, der unverletzlichen
121 und unveräußerlichen Grund- und Menschenrechte sowie die Möglichkeit zur
122 Verständigung in mindestens einer gemeinsamen Sprache sind hierbei unabdingbare
123 Voraussetzungen für eine gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe Aller. Die
124 Freiheit des Einzelnen hört da auf, wo die Freiheit anderer eingeschränkt wird.

125 **Ein notwendiger Perspektivwechsel: Integration UND Inklusion**

126 Die Vorstellung eines inklusiven gesellschaftlichen Miteinanders ergänzt das Modell der
127 Integration. Ziel einer Integrationspolitik nach herkömmlicher Vorstellung ist es, Menschen
128 mit Migrationshintergrund in die Gesellschaft einzugliedern, ganz gleich ob sie der ersten,
129 zweiten oder dritten Generation angehören. Sie geht davon aus, dass diejenigen, die
130 vermeintlich „anders“ sind, sich an die gesellschaftliche „Normalität“ anpassen bzw.
131 angepasst werden müssen – und verkennt dabei, dass diese angebliche „Normalität“
132 durch „Anderssein“ geprägt ist. Ziel einer Politik der Inklusion hingegen ist die Schaffung

133 einer Gesellschaft, in der jeder Mensch an der Gesellschaft gleichberechtigt teilhaben
134 kann, genau so, wie er oder sie ist. Über Inklusion wird heute vornehmlich in Bezug auf
135 Menschen mit Behinderung gesprochen, um zu verdeutlichen, dass sie (bereits) zur
136 Gesellschaft gehören, diese sich ihnen aber öffnen und sie in ihrem Sosein
137 gleichberechtigt akzeptieren muss. Konsequenz zu Ende gedacht bedeutet dies jedoch,
138 dass wir auch bei anderen benachteiligten oder diskriminierten Gruppen von Inklusion
139 sprechen müssen – denn auch sie gehören von Anfang an zur Gesellschaft und müssen
140 nicht erst eingegliedert werden. Das beinhaltet gerade auch die zweite, dritte und vierte
141 Generation von Menschen mit Migrationshintergrund – sie sind hier geboren und hier zu
142 Hause. Denn wir sind der Überzeugung, dass die Kinder, Enkel und Urenkel der
143 eigentlichen Einwanderer der ersten Generation längst Teil des „Wir“ sind. Das bedeutet
144 keinesfalls, dass Integrationspolitik obsolet wird, denn diese muss weiterhin auf die
145 Verbesserung der Lebenschancen der ersten Generation von EinwanderInnen zielen. So
146 sind Sprachkurse für Neu-EinwandererInnen und diejenigen, die bisher noch nicht die
147 Chance hatten, die deutsche Sprache zu erlernen, Teil einer weiterhin notwendigen und
148 wichtigen Integrationspolitik.

149 Dieser Perspektivenwechsel hin zu einer Politik der Inklusion versucht Hindernisse zu
150 identifizieren, die den Aufstieg sozialer Gruppen und vor allem ihre gleichberechtigte
151 Teilhabe an der Gesellschaft allgemein erschweren. Inklusiv Politik ist bestrebt,
152 Lösungen zu entwickeln, von denen möglichst verschiedene von sozialer Ausgrenzung
153 betroffene Zielgruppen profitieren können: Arme Menschen und deren Kinder, Menschen
154 mit und ohne Migrationshintergrund, Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen, aber
155 auch ältere Menschen oder Lesben, Schwule und Transgender.

156 Im Gegensatz zu Merkmalen wie Alter, Geschlecht oder Religion geht es bei der sozialen
157 Herkunft weniger um die Akzeptanz des Menschseins, als vielmehr darum, dass jeder und
158 jedem echte Chancen für ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht werden. Eine inklusive
159 Gesellschaft ermöglicht diese Teilhabechancen über Instrumente sozio-kultureller
160 Mindestsicherung und Chancen eröffnender öffentlicher Institutionen und Infrastruktur,
161 aber auch durch eine allgemein verankerte Denkweise, die allen Menschen ungeachtet
162 bestimmter tatsächlicher oder zugeschriebener Merkmale die Freiheit eröffnet, in unserer
163 Demokratie so zu leben wie sie sind.

164 **Eine inklusive Gesellschaft bejaht die Vielfalt der Menschen**

165 Inklusion muss täglich gelernt und gelebt werden. Gegenseitiges Kennenlernen,
166 Vertrauen, Lust auf unterschiedliche Sozio-Kultur und Anerkennung der Vielfalt im
167 alltäglichen Leben ist zudem nur wechselseitig möglich: Jüngere etwa werden von Älteren
168 akzeptiert, wenn sie ihrerseits auch die Wünsche und Vorstellungen der älteren Menschen
169 achten. Die EU-Grundrechtscharta verbietet, dass Menschen aufgrund ihrer persönlichen
170 Merkmale diskriminiert werden. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte betont die
171 Würde aller Menschen und ihre gleichen und unveräußerlichen Rechte. Das sind die
172 Normen, auf die sich unsere Demokratien gründen. Es sind keine Normen, die sich auf
173 den engen Rahmen der Durchschnittlichkeit beschränken, sondern für alle gleichermaßen
174 gültig sind. Um dies auch gesellschaftlich wirklich werden zu lassen, müssen die dafür
175 notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

176 Eine derart lernende und auf gegenseitigen Respekt gründende Gesellschaft erkennt
177 Schritt für Schritt die Individualität und Vielfalt der Menschen an und bezieht diese mit
178 ihren Rechten, Bedürfnissen und Fähigkeiten in sämtliche Bereiche des alltäglichen
179 Lebens von Anfang an mit ein. Barrieren und Diskriminierungen entstehen erst gar nicht
180 bzw. werden abgebaut. Dort, wo Menschen nicht gleichberechtigt und selbstbestimmt

181 teilhaben können, müssen entsprechende Vorkehrungen getroffen werden, damit sie es
182 künftig können.

183 Solche Vorkehrungen sind so vielfältig wie die verschiedenen Hindernisse: Die Garantie
184 auf ein sozio-kulturelles Existenzminimum für Menschen in prekären Lebenslagen
185 ermöglicht nicht nur das nackte Überleben, sondern eröffnet auch Teilhabemöglichkeiten
186 an der Gesellschaft. Gleichzeitig stellt eine inklusive Gesellschaft allen Menschen
187 unabhängig von ihrer sozialen Herkunft Bildungsangebote und eine bestmögliche
188 öffentliche Infrastruktur zur Verfügung, die die Teilhabe aller an den zentralen öffentlichen
189 Gütern ermöglicht. Weitere Grundvoraussetzung für eine inklusive Gesellschaft ist die
190 volle rechtliche Anerkennung von Vielfalt. So gehört etwa Artikel 3 des Grundgesetzes
191 ergänzt um den Passus „Niemand darf wegen seiner sexuellen Identität benachteiligt
192 werden“. Die Ehe sowie die Möglichkeit einer Adoption muss allen Paaren offen stehen.
193 Neben der vollen rechtlichen Anerkennung verschiedener sexueller Identitäten,
194 Lebensweisen und Familienformen bedarf es rechtlicher Anpassungen, um auch
195 Menschen mit Migrationshintergrund gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe zu
196 ermöglichen. So muss eine doppelte Staatsangehörigkeit auch über das 21. Lebensjahr
197 hinaus mit allen damit verbundenen Rechten und Pflichten grundsätzlich möglich sein.
198 Auch die hier wohnenden Menschen, die keine Staatsangehörigkeit eines Mitgliedsstaates
199 der Europäischen Gemeinschaft besitzen, erhalten ein kommunales Wahlrecht. Darüber
200 hinaus muss geschlechtliche Uneindeutigkeit zugelassen werden, so dass auch
201 Intersexuelle und Menschen, die sich keinem Geschlecht zuordnen wollen, eine
202 vollständige rechtliche Anerkennung erfahren. Ein effizienter und europäischer
203 Rechtsschutz vor Diskriminierung stellt eine wichtige Rahmenbedingung dar. Es ist
204 deshalb unverantwortlich, dass Schwarz-Gelb auf EU-Ebene jeden Fortschritt in diese
205 Richtung blockiert.

206 **Die inklusive Gesellschaft als Leitbild**

207 Das Ziel der inklusiven Gesellschaft ist unser Leitbild. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
208 möchten mit dieser Vision eine Antwort geben auf die Frage: In welcher Gesellschaft
209 wollen wir leben?

210 Dieser Beschluss ist der Aufschlag für eine Fortführung der Debatte zur Weiterentwicklung
211 der sozialen Idee der Grünen, die im Zukunftsforum „Antworten auf die
212 auseinanderfallende Gesellschaft“ sowie in der BAG Behindertenpolitik begonnen wurde
213 und auch bei der Zukunftskonferenz in Berlin stattgefunden hat. Wir wollen diese Debatte
214 in den kommenden Monaten intensiv und umfassend weiterführen und die vorliegenden
215 Vorschläge ergänzen um zielgruppenspezifische Maßnahmen. Dazu soll auch eine
216 Konferenz im Frühjahr zur umfassenden sozialen Idee der Grünen dienen.

217 Unser Ziel ist es, die Arbeit der Partei sowie der Fraktionen am Leitbild der inklusiven
218 Gesellschaft auszurichten. Es soll Leitmotiv sein für alle sozialpolitischen Aktivitäten der
219 Grünen in den nächsten Jahren. Damit unsere Vision einer inklusiven Gesellschaft
220 Wirklichkeit werden kann, sind wir auf die Mitwirkung möglichst großer Teile der
221 BürgerInnengesellschaft angewiesen. Wir laden alle gesellschaftlichen Gruppen ein, sich
222 mit unserer Vorstellung einer inklusiven Gesellschaft zu beschäftigen, diese
223 gegebenenfalls zu ergänzen und für ihr tägliches gesellschaftliches Handeln fruchtbar zu
224 machen.

225